

Stand: 14.04.2026 10:15:03

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2554

"Abhörmaßnahmen gegen Bürger: Zulassung von Beweismitteln, die mittels digitaler Geräte in Wohnungen gewonnen wurden"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2554 vom 14.06.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/3938 des VF vom 11.07.2019
3. Beschluss des Plenums 18/4178 vom 15.10.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 29 vom 15.10.2019



Antrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Stefan Löw** und **Fraktion (AfD)**

Abhörmaßnahmen gegen Bürger: Zulassung von Beweismitteln, die mittels digitaler Geräte in Wohnungen gewonnen wurden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich und mündlich zu berichten, auf welche Weise in Zukunft digitale Daten, die innerhalb der Privatwohnung gewonnen wurden bzw. vorhanden sind, als Beweismittel vor Gericht Anwendung finden.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über die Speicherfunktionen und Übertragungswege von Geräten und Medien, mit deren Hilfe später und unverzüglich Beweismittel gewonnen werden können (z. B. Handy, Smart-Home-Geräte wie Kühlschränke, Amazon Echo mit Alexa Voice Service, Rechner, Fernseher, Radiogeräte, Feuermelder, elektronische Wasserzähler, Stromzähler, Heizungsmessgeräte etc.)?
- Welche Geräte sind nach Auffassung der Staatsregierung geeignet, um als Speicher- und Übertragungsmedium für Beweismaterial genutzt zu werden (bitte jeweils detailliert mit Funktionsweisen erläutern)?
- Welche Software ist nach Ansicht der Staatsregierung geeignet, um die Daten zu erheben, zu speichern und zu übermitteln?
- Bestehen Pläne, Hersteller zur Änderung ihrer Software und Sicherheitsstrukturen zu zwingen, um auf die Geräte in einer Wohnung zugreifen zu können?
- Sollen Geräte, die heute schon mit einer konzeptionellen Reinheit gestaltet worden und sicher sind, unsicher gemacht werden?
- Sollen private Schlüssel auf Geräten an offizielle Stellen übergeben werden?
- Wie soll verhindert werden, dass durch diese Aufweichung der Sicherheitsstrukturen die Daten vor Manipulation Dritter sicher sind?
- Auf welche Weise sollen die Behörden in Zukunft Zugriff auf das gespeicherte, erhobene und übermittelte Datenmaterial aus Geräten innerhalb der Wohnung erhalten?
- Haben die Behörden schon zum heutigen Zeitpunkt Zugriff auf das gespeicherte, erhobene und übermittelte Datenmaterial aus Geräten innerhalb der Wohnung?
- Welche Geräte können zur Erhebung von Daten und Beweismitteln in der Wohnung genutzt werden, die außerhalb der Wohnung installiert sind?
- Wie fälschungssicher sind die gespeicherten, erhobenen und übertragenen Daten, die als Beweismittel genutzt werden könnten?

- Inwiefern können sich betroffene Bürger darüber versichern, dass die aus ihrer Wohnung gewonnenen Daten definitiv fälschungssicher erhoben, gespeichert und übermittelt wurden?
- Welche Auswirkungen haben mögliche Fälschungen von gespeicherten, erhobenen und übermittelten Daten auf die Beweiskraft vor Gericht?
- Ab welchem Zeitpunkt müssen Bürger damit rechnen, dass die Behörden über elektronische Geräte innerhalb und außerhalb der Wohnung Zugriff auf ihre Privatsphäre haben?
- Inwiefern sind die Pläne zur Beweismittelerhebung mit Art. 13 Grundgesetz und Art. 106 Bayerische Verfassung vereinbar?
- Welche Position vertritt die Staatsregierung in der Frage einer möglichen Beweiskraft von erhobenen, gespeicherten und übermittelten Daten, die innerhalb und von außerhalb der Wohnung gewonnen werden?

Begründung:

Vor kurzem wurde bekannt, dass die Innenminister von Bund und Ländern planen, Daten, die über digitale Geräte in Haushalten gesammelt oder übermittelt wurden, als Beweismittel zuzulassen. Datenschützer sind aufgrund dieser Pläne alarmiert. Eine Gesetzesänderung würde die Grundrechte der Bürger erheblich einschränken. Es ist daher dringend geboten, dass die Staatsregierung den Souverän über ihre Pläne und über die Grundlagen derselben informiert.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier,
Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)**
Drs. 18/2554

Abhörmaßnahmen gegen Bürger: Zulassung von Beweismitteln, die mittels digitaler Geräte in Wohnungen gewonnen wurden

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Christoph Maier**
Mitberichterstatter: **Dr. Franz Rieger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 15. Sitzung am 11. Juli 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Stefan Löw** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/2554, 18/3938

Abhörmaßnahmen gegen Bürger: Zulassung von Beweismitteln, die mittels digitaler Geräte in Wohnungen gewonnen wurden

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Nun die Frage an die fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk, ob sie sich einem und welchem Fraktionsvotum sie sich anschließen wollen. Herr Plenk? – Kein Votum. Herr Swoboda? – Also schließen Sie sich keinem Votum an. Insgesamt übernimmt der Landtag damit diese Voten.

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Lärmschutz A 995
Drs. 18/2155, 18/4012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Brennstoffzellenzüge als Teil der Klimaoffensive
Drs. 18/2401, 18/4014 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steuergerechtigkeit realisieren – mehr Prüfungen bei Einkommensmillionärinnen und Einkommensmillionäre umsetzen!
Drs. 18/2408, 18/4042 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oktoberfestattentat – Respekt und Anerkennung für die Opfer
Drs. 18/2409, 18/3985 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner u. a. und Fraktion (AfD)
Abhörmaßnahmen gegen Bürger: Zulassung von Beweismitteln, die mittels digitaler Geräte in Wohnungen gewonnen wurden
Drs. 18/2554, 18/3938 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)
Sonnenschutz in Kindertageseinrichtungen in Bayern – Kinder vor Hautkrebs schützen
Drs. 18/2598, 18/4007 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Stefan Schuster u. a. und Fraktion (SPD)
Neue Polizeiuniform – Qualitätsmängel umgehend beheben!
Drs. 18/2599, 18/3986 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anpassung statt Symptombekämpfung – Staatliche Förderung von Schneekanonen beenden
Drs. 18/2622, 18/4046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung von Expertinnen und Experten zur Arbeit und Entlohnung der Inhaftierten im Justizvollzug
Drs. 18/2864, 18/3937 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Modellversuch „Digitale Schule 2020“
Drs. 18/2870, 18/4017 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

17. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Roland Magerl, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)
Patientensicherheit III: Multiresistente Erreger konsequent eindämmen
Drs. 18/2873, 18/4043 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Jürgen Baumgärtner, Sandro Kirchner, Alexander König u. a. CSU
Zukunft der Mobilität in ländlichen Regionen
Drs. 18/2107, 18/4015 (ENTH) [X]

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>